

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 21. Mai 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bachmaier (SPD)	26, 27	Frau Kelly (DIE GRÜNEN).	70, 71
Frau Beer (DIE GRÜNEN)	50, 51	Kirschner (SPD)	126, 127
Bindig (SPD)	38	Kleinert (Marburg) (DIE GRÜNEN)	88, 89
Frau Blunck (SPD)	8, 9	Kreuzeder (DIE GRÜNEN)	122, 123
Dr. Böhme (Unna) (SPD)	19	Kuhlwein (SPD)	15
Börnsen (Ritterhude) (SPD)	28, 110	Leidinger (SPD)	132, 133
Frau Brahmst-Rock (DIE GRÜNEN).	13, 14	Menzel (SPD).	111, 112
Brauer (DIE GRÜNEN)	80, 81	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	113
Brück (SPD)	104	Müller (Düsseldorf) (SPD)	30, 31
Duve (SPD)	7, 34	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	52, 53
Ebermann (DIE GRÜNEN)	78, 79	Frau Dr. Niehuis (SPD).	16
Frau Eid (DIE GRÜNEN).	62, 63	Frau Odendahl (SPD)	18
Eigen (CDU/CSU)	120, 121	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	98, 99
Gansel (SPD)	116, 117	Frau Olms (DIE GRÜNEN)	46, 47
Frau Garbe (DIE GRÜNEN)	72, 73	Pauli (SPD)	10, 11
Grünbeck (FDP)	12, 107	Dr. Penner (SPD)	114, 136
Häfner (DIE GRÜNEN)	82, 83	Dr. Pick (SPD)	29
Frau Hensel (DIE GRÜNEN)	54, 55	Poß (SPD).	108, 109
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN).	58, 59	Dr. Rose (CDU/CSU).	39
Dr. Hirsch (FDP)	25	Frau Rust (DIE GRÜNEN)	96, 97
Hoss (DIE GRÜNEN).	76, 77	Frau Saibold (DIE GRÜNEN)	102, 103
Dr. Jens (SPD)	129, 130	Schäfer (Offenburg) (SPD).	20, 35

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Scherrer (SPD)	134, 135	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	92, 93
Schily (DIE GRÜNEN)	40, 41	Frau Vennegerts (DIE GRÜNEN)	42, 43
Frau Schilling (DIE GRÜNEN)	86, 87	Volmer (DIE GRÜNEN)	100, 101
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	2, 3	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	68, 69
Frau Schmidt-Bott (DIE GRÜNEN)	64, 65	Dr. Vondran (CDU/CSU)	118, 119
Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	90, 91	Wartenberg (Berlin) (SPD)	32, 33
Dr. Schwörer (CDU/CSU)	124, 125	Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	74, 75
Sellin (DIE GRÜNEN)	94, 95	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	17
Dr. Sperling (SPD)	105, 106	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	23, 24
Frau Steinhauer (SPD)	128	Wetzel (DIE GRÜNEN)	56, 57
Stiegler (SPD)	1, 115	Frau Dr. Wilms-Kegel (DIE GRÜNEN)	84, 85
Stratmann (DIE GRÜNEN)	60, 61	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	44, 45
Frau Teubner (DIE GRÜNEN)	48, 49	Frau Würfel (FDP)	4
Tietjen (SPD)	36, 37	Wüppesahl (DIE GRÜNEN)	66, 67
Toetemeyer (SPD)	21, 22	Zierer (CDU/CSU)	6, 131
Uldall (CDU/CSU)	5		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	20
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	21
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	22

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Oberpfalz als Standort für einen Kernfusionsreaktor in Erwägung zieht, und welche Gründe haben sie im Hinblick auf die Erfahrung mit der Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage durch die oberpfälzer Bevölkerung veranlaßt, gleichwohl der oberpfälzer Bevölkerung erneut eine gefährliche Atomanlage zumuten zu wollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Sind Presseberichte zutreffend, nach denen der Bundesregierung eine Studie der Elektrizitätsunternehmen VEBA, RWE und Bayernwerk vorliegt, in der der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr befürwortet wird, und wann wird diese Studie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?
3. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Soll nach Auffassung der Bundesregierung die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf trotz dieser Studie gebaut werden, und wie bewertet die Bundesregierung den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

4. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bereits noch nicht endgültige Voten der Transparenzkommission, also auch bei noch nicht abgeschlossenem Anhörungsverfahren der betroffenen pharmazeutischen Unternehmer (§ 39 e AMG), zukünftig dem Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen zur Berücksichtigung in der Preisvergleichsliste zur Verfügung gestellt werden unter dem Aspekt einer möglichen Divergenz zwischen vorläufigen und endgültigen Voten der Transparenzkommission, und wie gedenkt sie gegebenenfalls einer solchen, für den pharmazeutischen Unternehmer unter Umständen negativen, Entwicklung entgegenzutreten?
5. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Nach welchen Kriterien werden die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland ausgewählt, die in internationalen Gremien des Gesundheitswesens und insbesondere auch des medizinischen Arbeitsschutzes z. B. bei der WHO, ILO, EG

oder European Foundation bzw. zu Ad-hoc-Kommissionen des Gesundheitswesens und des medizinischen Arbeitsschutzes auf internationaler Ebene entsandt werden?

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) | Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, das Erziehungsgeld einkommensabhängig auf bis zu 24 Monate zu verlängern? |
| 7. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Sind der Bundesregierung wissenschaftlich haltbare Kriterien bekannt, die es erlauben, schon nach dem Augenschein zu erkennen, ob ein Mensch HIV-infiziert ist oder nicht? |
| 8. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin vom 12. März 1987 (3 C 2.86) zum Vermarktungsverbot der Hamburger Gesundheitsbehörde für mit Pflanzenschutzmittel-Chemikalien belastetes Gemüse im Hinblick auf die Regelungen des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes und der Pflanzenschutzmittel-Höchstmengenverordnung? |
| 9. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD) | Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts eventuell zu ändern, oder müßten Grenzwerte für gefährliche Chemikalien, die aus der Produktion von Pflanzenschutzmitteln stammen, in der Schadstoff-Höchstmengen-Verordnung zusammen mit Grenzwerten für Quecksilber, PCB, Cadmium, Blei und z. B. Arsen geregelt werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|--|---|
| 10. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Kann die Bundesregierung eine verbindliche Erklärung dazu abgeben, ob sie beabsichtigt, die Schleusen an den Bundeswasserstraßen zu privatisieren oder nicht? |
| 11. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Aus welchen Gründen werden zunehmend Tätigkeiten bei dem Schleusenbetrieb von Beamten auf Arbeiter übertragen mit der Konsequenz, daß beispielsweise an der Schleuse Lehmen ein höherer Personalaufwand erforderlich ist, der relativ gesehen auch noch teurer ist, und steht dies möglicherweise im Widerspruch zu der Forderung des Bundesrechnungshofes nach dem kostengünstigsten Verfahren bei der personellen Besetzung des Schleusenbetriebes? |
| 12. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | Welche endgültige Trassierung ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung für die Schnellbahnverbindung München—Nürnberg vorgesehen? |

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordnete
Frau
Brahmst-Rock
(DIE GRÜNEN) | Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Aufforderung des ehemaligen Bundesverkehrsministers Dr. Dollinger anlässlich des Großversuchs „Tempo 100“, sich an diese Geschwindigkeitsbeschränkung nicht zu halten, und sieht sie darin auch eine Aufforderung zur Begehung einer Ordnungswidrigkeit? |
| 14. Abgeordnete
Frau
Brahmst-Rock
(DIE GRÜNEN) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Höhe gegen den ehemaligen Bundesminister für Verkehr ein Bußgeldbescheid erwirkt wurde? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Welche Vorstellungen und Modelle zur Vergabe von Studienplätzen liegen den Ankündigungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zugrunde, nach denen die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) in Dortmund reduziert werden soll? |
| 16. Abgeordnete
Frau
Dr. Niehuis
(SPD) | Hat die Bundesregierung nach entsprechenden Ankündigungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft bereits Modelle für die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen entwickelt? |
| 17. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) | Hält die Bundesregierung die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft befürwortete Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen mit der Aufrechterhaltung der sozialen Öffnung der Hochschulen für vereinbar? |
| 18. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) | Plant die Bundesregierung nach entsprechenden Ankündigungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (siehe DUZ 7/1987) konkrete Schritte, um die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen zu ermöglichen? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Unna)
(SPD) | Wie will die Bundesregierung angesichts der Ankündigungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft über eine Reduzierung der Aufgaben der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) und den gleichzeitigen Ankündigungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur stärkeren Beteiligung der Hochschulen bei der Auswahl von Studienbewerbern zukünftig sicherstellen, daß alle Studienberechtigten tatsächlich einen Studienplatz erhalten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

20. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wird in den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland die Erteilung eines Sichtvermerks zur Einreise „bei begründetem Verdacht“ auf eine AIDS-Erkrankung verweigert, oder sind entsprechende Regelungen gegebenenfalls geplant?
21. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Meldung des Windhoek Advertizer vom 21. November 1986 bekannt, wonach der Chef der Etango-Bewegung bekanntgab, er habe aus der Bundesrepublik Deutschland für seine Organisation 30 000 Rand erhalten, und ist ihr bekannt, um welchen bundesdeutschen Geldgeber es sich hierbei handelt?
22. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Für den Fall, daß es sich um Mittel aus dem Bundeshaushalt 1986 handelt, ist die Bundesregierung bereit, die entsprechende Haushaltsstelle anzugeben?
23. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Hält es die Bundesregierung für angemessen, im Zusammenhang mit einer möglichen Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen die konventionelle Verteidigung auch dadurch zu verstärken, daß Frankreichs Streitkräfte wieder voll in die NATO integriert werden?
24. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Schritte zu unternehmen, die französische Regierung zu veranlassen, die Haltung zur Integration ihrer Streitkräfte in die NATO zu überprüfen, gegebenenfalls durch die Übertragung des Oberbefehls in einer integrierten Streitkraft unter französisches Kommando?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

25. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß der jetzige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1978 als damaliger Rechtsreferent im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz ein Gutachten zu der Frage angefertigt hat, ob Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Straftaten begehen dürften, und ist der Bundesregierung dieses Gutachten bekannt?
26. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung – gegebenenfalls unabhängig von den Bundestagsfraktionen der Koalitionsparteien –, einen eigenen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen, durch den das Staatsziel „Umweltschutz“ im Grundgesetz verankert werden soll, und wann ist mit einer solchen Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu rechnen?

27. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD)
- Soll nach Auffassung der Bundesregierung ein etwaiges Staatsziel Umweltschutz durch einen Gesetzesvorbehalt oder durch eine anthropozentrische Einschränkung („natürliche Lebensgrundlagen des Menschen“) eingeschränkt werden, und welche Gesichtspunkte sprechen nach Auffassung der Bundesregierung für ihre Haltung?
28. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Ist es mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung vereinbar, wenn auf Grund vertraglicher Bindungen zwischen Kommunen und der Deutschen Städtetrekame (DSR) für die Plakatierung durch politische Parteien oder Bürgerinitiativen im öffentlichen Straßenraum Gebühren durch die DSR berechnet werden?
29. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem tragischen Todesfall der Leichtathletin Birgit Dressel (Mainz) für die Förderung und medizinische Betreuung der deutschen Spitzenathleten sowie für die Beratung der Spitzenverbände und leistungsfördernden Einrichtungen des Sports?
30. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz mehrere Sportler wegen ihrer Mitarbeit in der Initiative „Sportler für den Frieden“ überwacht hat, und auf welcher Grundlage geschah dies?
31. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dieser Praxis des Verfassungsschutzes eine für sie unverzichtbare Maßnahme, obgleich sie geeignet ist, das demokratische Engagement von Mitbürgern zu verhindern?
32. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD)
- Welche „Unterrichtung“ zur Behandlung von AIDS-kranken Ausländern an den Grenzen hat das Bundesministerium des Innern der Grenzschutzdirektion Koblenz gegeben, und welche Weisung hat die Grenzschutzdirektion Koblenz auf Grund dieser Unterrichtung erteilt?
33. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD)
- Wie kam die „Unterrichtung“ des Bundesministeriums des Innern an die Grenzschutzdirektion Koblenz zustande, und welche Ressortabstimmungen haben stattgefunden?
34. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Erlauben die gegenwärtigen Bestimmungen des Ausländergesetzes eine Zurückweisung von AIDS-Verdächtigen an der deutschen Grenze, und hält die Bundesregierung eine Anweisung zur Zurückweisung AIDS-Verdächtiger für rechtlich zulässig, gesundheitspolitisch verantwortbar und für praktikabel?

35. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche Stellen haben gegenwärtig darüber zu entscheiden, ob bei einem einreisenden Ausländer ein Verdacht auf AIDS-Erkrankung besteht, und welche konkreten Nachweise für eine AIDS-Erkrankung müssen vorliegen, damit die Einreise des Ausländers in die Bundesrepublik Deutschland untersagt werden kann?
36. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Werden Daten von sogenannten „AIDS-verdächtigen Ausländern“ gespeichert und anderen Behörden der Bundesrepublik Deutschland zugänglich gemacht, werden entsprechende Maßnahmen gegebenenfalls geplant?
37. Abgeordneter
Tietjen
(SPD)
- Gibt es Anweisungen an die Bundesgrenzschutzbeamten und gegebenenfalls welche über den Umgang mit AIDS-Verdächtigen, werden entsprechende Weisungen gegebenenfalls geplant?
38. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie nach den Vorgaben und Kategorien auf dem Personenbogen zur Volkszählung ein Bundestagsabgeordneter, der als „typischer Vollzeitparlamentarier“ 22 bis 24 Sitzungswochen im Jahr von montags bis freitags in Bonn und in den anderen Wochen teils in seinem Wahlkreisbüro, teils auf vielen Terminen in seinem Wahlkreis und darüber hinaus tätig ist, den Frageblock „für Erwerbstätige und Schüler/Studenten“ und den Frageblock „für Erwerbstätige“ mit seinen teils geschlossenen Fragen sachgerecht ausfüllen soll und kann?
39. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um den nach dem Flammentod ihrer Mutter, die in Rumänien wohnte, zu Vollwaisen gewordenen Kindern in Deutschland zu einem menschlichen Dasein zu verhelfen?
40. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstellt die Bundesregierung den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich weigern, an der Volkszählung teilzunehmen, „faschistische Gesinnung“ (so Bundeskanzler Dr. Kohl in einer Veranstaltung in Trier am 12. Mai 1987), obwohl die Nichtteilnahme an der Volkszählung allenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellt und die Kritik an der Volkszählung sich sehr wesentlich auch auf rechtsstaatliche und verfassungsrechtliche Argumente stützt?
41. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)
- Wieso legt die Bundesregierung hier andere Bewertungsmaßstäbe an als beispielsweise bei der Beurteilung der Tatsache, daß vor allem CDU, CSU und FDP, aber auch die SPD über Jahrzehnte vorsätzlich und zielbewußt die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Verpflichtung aus Artikel 21 des Grundgesetzes zur öffentlichen Rechenschaftslegung über Parteipenden sowie die Einhaltung der steuerrechtlichen und strafrechtlichen Vorschriften hinsichtlich der Parteipenden boykottiert haben?

42. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Grad der Verwendbarkeit der Volkszählungsdaten erwartet die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der Leiter des Meinungsforschungsinstituts FORSA und ehemalige Chef des Kölner Statistischen Amtes, Güllner, schon bei einer Quote von 5 v. H. Aussageverweigerern „die Aussagefähigkeit für sehr stark eingeschränkt, wenn nicht sogar gefährdet“ hält und er daher zusammen mit seiner Kollegin Noelle-Neumann sowie dem Informatiker Brunnstein nur „Datenschrott“ als Ergebnis der Volkszählung erwartet?
43. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Grad von Verwendbarkeit der Volkszählungsdaten erwartet die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß diese nach 18monatiger Vorauswertungszeit nach Ansicht von Statistikexperten bereits 10 v. H. Alterungsfehler beinhalten werde und angesichts der weiteren Tatsache, daß nach Meinung der Freiburger Sozialwissenschaftler Blinkert, Höhmann und Spiegelberg bei einer zu erwartenden Quote von mindestens 20 v. H. unerkannten „Schummlern“ kein seriöses Meinungsforschungsinstitut mit der Befragung beginnen würde?
44. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Bad Wildungen der Erhebungsstellenleiter Sachbearbeiter des Sozialamtes der Stadt und gleichzeitig nebenberuflich als Versicherungsvertreter tätig ist?
45. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß das Verwaltungsgericht in Sigmaringen am 30. April 1987 den Heranziehungsbescheid gegen einen Bürger zur Teilnahme an der Gebäudevorerhebung aufgehoben hat, weil der Leiter der Erhebungsstelle mit dem Bürgermeister identisch ist?
46. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Ist es der Vertrauensbildung, die die Bundesregierung anstrebt, förderlich, wenn der Stadtdirektor in Wetter/Ruhr dem Leiter der Erhebungsstelle die Teilnahme an der Veranstaltung einer örtlichen Volkszählungsinformationsinitiative untersagt?
47. Abgeordnete
Frau Olms
(DIE GRÜNEN)
- Was bedeutet nach Meinung der Bundesregierung die Begründung des Stadtdirektors, der die Teilnahme aus „Gründen, die als bekannt unterstellt werden“, versagt hat?
48. Abgeordnete
Frau Teubner
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Gemeindeverwaltung Maifeld/Rheinland-Pfalz die Formulare der Gebäudevorerhebung von demselben Büro aus verschickte, das räumlich und personell gleichzeitig für die Anträge auf „Beihilfe für Kleinerzeuger von Getreide“ zuständig ist?

49. Abgeordnete
Frau Teubner
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im Kreis Emmendingen die Zuständigkeit für die Durchführung der Volkszählung an einige kleinere Gemeinden zurückübertragen wurde, deren Einwohnerzahl um 800 beträgt, während die baden-württembergische Durchführungsverordnung eine Untergrenze von 8 000 Erhebungseinheiten vorsieht?
50. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des hamburgischen Datenschutzbeauftragten, daß für die Verarbeitung der Volkszählungsdaten auf Großrechnern die Verarbeitungs- und Sicherungsprogramme zum Stichtag am 25. Mai 1987 noch nicht entwickelt sind?
51. Abgeordnete
Frau Beer
(DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß in den Städten, in denen die Volkszählungsdaten (z. B. Hamburg, Kassel) über städtische Großrechenanlagen verarbeitet werden, die Abschottung auf elektronischem Wege gewährleistet wird?
52. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung für mit der Datensicherheit der Volkszählung vereinbar, wenn in Aachen in Altenheimen und Vollzugsanstalten Bedienstete zu Zähler/innen bestellt werden sollen?
53. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Stadt Bocholt nach einem Schreiben der Stadtverwaltung „Sonderzähler für Sonderzählbezirke“ anwirbt, um in Ausländerheimen, Heimen und „sonstigen Problembezirken“ Mitarbeiter des Amtes für öffentliche Ordnung des Sozialamtes, des Jugendamtes und des Amtes für Wohnungswesen einzusetzen?
54. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß mehrere Städte etwa in Baden-Württemberg das geschätzte Aufkommen an Buß- und Zwangsgeldern bereits fest in ihre Kommunalhaushalte eingeplant haben, gegenüber der Tatsache, daß etwa in Schleswig-Holstein nach Auskunft des Leiters des dortigen Statistischen Landesamtes gänzlich von der Verhängung von Bußgeldern abgesehen werden soll?
55. Abgeordnete
Frau Hensel
(DIE GRÜNEN)
- Was ist in den von den Statistischen Landesämtern herausgegebenen „Anleitungen für die Gemeinde und die Erhebungsstelle“ jeweils über die Verhängung und Höhe von Buß- und Zwangsgeldern genau vorgesehen, und gehen diese Anleitungen auf eine Empfehlung des Statistischen Bundesamtes zurück?

56. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten auf eine datenschutzgerechte Durchführung der Volkszählung in Hamburg, wo bei nur 13 000 zu bestellenden Zählern gleich die Namen von 40 000 öffentlichen Bediensteten an das Statistische Landesamt übermittelt wurden, deren Einwände gegen die Besteller zudem unter Bruch des Datengeheimnisses von ihren jeweiligen Dienststellen gelesen wurden, statt sie ungelesen zur Prüfung an das Statistische Landesamt weiterzuleiten?
57. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung eine rechtmäßige Durchführung der Volkszählung im Hinblick auf § 10 Abs. 5 Nr. 2 Volkszählungsgesetz in München für gewährleistet, wo Polizisten als Zähler eingesetzt werden?
58. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Erwägungen hegt die Bundesregierung die Hoffnung für eine ordnungsgemäße Durchführung der Volkszählung in Wuppertal und Elmshorn, wo während der Gebäudevorerhebung die dortigen Erhebungsstellen fehlende Antworten auf Einzelfragen in Eigeninitiative von den zuständigen Ämtern für Bauförderung und Wohnungswesen einholten?
59. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtmäßige Durchführung der Volkszählung in Ulm, wo im Rahmen der Gebäudevorerhebung Gebäudeeigentümer gefragt wurden, „welche Firma oder welche Einzelperson in diesem Gebäude eine Arbeitsstätte unterhält“, was von der zuständigen Datenschutzbeauftragten bereits beanstandet wurde?
60. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Meinung der Bundesregierung mit dem Volkszählungsgesetz zu vereinbaren, daß in Siegburg/Nordrhein-Westfalen der Leiter des Einwohnermeldeamtes während der Gebäudeerhebung in der Erhebungsstelle tätig war?
61. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung hinsichtlich §§ 9 und 10 Volkszählungsgesetz die Tatsache, daß in Wörthsee/Bayern der Dritte Bürgermeister als stellvertretender Leiter der Erhebungsstelle fungiert?
62. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Zusammenhang mit § 9 Abs. 2 Volkszählungsgesetz die Tatsache, daß in der Offenbacher Erhebungsstelle vier Bedienstete des Einwohnermeldeamtes eingesetzt sind?
63. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit dem Verbot, aus der Tätigkeit in der Erhebungsstelle gewonnene Erkenntnisse nicht für andere Zwecke zu verwenden, wenn in der Offenbacher Erhebungsstelle der Persönliche Referent des Oberbürgermeisters tätig ist?

64. Abgeordnete
**Frau
Schmidt-Bott**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Trennung von der Verwaltung vom Volkszählungsablauf, daß in der Gemeinde Friedrichskoog die Mahnschreiben der Gebäudevorerhebung auf dem Briefkopf des Bürgermeisters gefertigt wurden?
65. Abgeordnete
**Frau
Schmidt-Bott**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Höhr-Grenzhausen (Rheinland-Pfalz) Bestellungen zum Zähler vom Bürgermeister der Verbandsgemeinde gefertigt worden sind?
66. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen auf eine Einhaltung der Datensicherungsanforderungen gemäß § 8 der Landesdatenschutzgesetze angesichts der Tatsache, daß jüngst in Varel bei Wilhelmshaven die ausgefüllten Bögen der Gebäudevorerhebung 1983 auf einer Müllhalde gefunden wurden, ebenso wie entsprechend sensible Computerausdrucke Ende April in Diepholz?
67. Abgeordneter
Wüppesahl
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Daten-Trennungsvorgänge gemäß § 15 Volkszählungsgesetz angesichts der Tatsache, daß für diese Phase der Volkszählung vielfach noch keine Datenverarbeitungskonzepte bestehen bzw. die Landesdatenschutzbeauftragten z. B. von Hamburg und Baden-Württemberg nicht an deren Erstellung beteiligt wurden?
68. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beobachtung von Humanistischer Union, Deutsche Jungdemokraten, dem Republikanischen Anwaltverein und anderen Organisationen durch den Niedersächsischen Verfassungsschutz im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen zur Volkszählung?
69. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Werden auf Bundesebene Einzelpersonen, politische Parteien oder Initiativen, die sich öffentlich dazu bekennen, sich der Volkszählung 1987 zu verweigern oder Kritik an der Volkszählung äußern, von Staats- oder Verfassungsschutzbehörden beobachtet, erfaßt oder auf sonstige Art registriert?
70. Abgeordnete
**Frau
Kelly**
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach Meinung der Bundesregierung zu, daß die Gebäudevorerhebung bundesweit lediglich in Form einer „partiellen Gebäudevorerhebung“ durchgeführt wurde, bei der lediglich die Vermieter von Wohneigentum, nicht aber die Eigentümer, die ihre Räume selbst nutzen, befragt wurden?
71. Abgeordnete
**Frau
Kelly**
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist in diesem Zusammenhang die Behauptung des Statistischen Bundesamtes zu bewerten, nach der die Gebäudevorerhebung „nahezu 100prozentig“ beantwortet wurde?

72. Abgeordnete
**Frau
Garbe**
(DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Meinung der Bundesregierung mit § 10 Abs. 5 Volkszählungsgesetz vereinbar, daß in Hannover Bedienstete der Grund- und Gewerbesteuerstelle des Steueramtes, der BAföG-Abteilung des Schulamtes sowie der Abteilung „Zentrale Datenerfassung“ des Hauptamtes als Zähler verpflichtet wurden?
73. Abgeordnete
**Frau
Garbe**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Stadträte der GRÜNEN bei ihrem Besuch in der Erhebungsstelle in Aachen feststellten, daß Zähler/innen zwar nicht im eigenen Wohnblock, aber in der Nähe ihres Wohngebietes eingesetzt wurden, und hält die Bundesregierung diese Tatsache mit § 10 Abs. 5 Volkszählungsgesetz für vereinbar?
74. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Auswertung der Volkszählungsdaten bezüglich der Wahl des Verkehrsmittels unbrauchbar sein wird, weil es viele Bürger/innen gibt, die einen Personenkraftwagen besitzen, den sie zwar nicht für die Fahrt zur Arbeitsstätte nutzen, ihn jedoch trotzdem im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs zum Ansatz bringen?
75. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß viele dieser Bürgerinnen und Bürger deshalb die Frage 13 bei der Volkszählung nicht richtig beantworten werden, da sie befürchten müssen, daß bei richtiger Beantwortung Differenzen zwischen den bei der Finanzbehörde abgerechneten und tatsächlich benutzten Zahlen von Kraftfahrzeugen entstehen könnten?
76. Abgeordneter
Hoss
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Realisierbarkeit des Reidentifizierungsverbots für Selbständige, die in der Frage 12 des Volkszählungsfragebogens Name und Anschrift der Arbeitsstätte sowie in Fragen 16 und 17 den Wirtschaftszweig der Firma und den ausgeübten Beruf angeben müssen, wobei zudem nach § 15 Volkszählungsgesetz die erstgenannten Angaben nicht wie andere Hilfsmerkmale von den Erhebungsmerkmalen abzusondern sind?
77. Abgeordneter
Hoss
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Realisierung des Reidentifizierungsverbots und des Trennungsgebots von Haupt- und Hilfsmerkmalen angesichts der Tatsache, daß im Vordruck der Gebäudevorerhebung die Hilfsmerkmale „Name und Anschrift des Verwalters“ untrennbar mit den eigentlichen Erhebungsmerkmalen verbunden sind und zudem die laufende Ordnungsnummer nicht von der Löschungsvorschrift des § 15 Abs. 2 Volkszählungsgesetz erfaßt wird?

78. Abgeordneter
Ebermann
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Erwägungen widerspricht die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich bei der zur Zeit parallel zur Volkszählung beratenen Novelle eines hessischen Landesstatistikgesetzes, welches den Freiwilligkeitsgrundsatz aller Auskünfte verankern soll, nach Ansicht von Kritikern um den „gesetzmäßigen Kronzeugen für die Überflüssigkeit des Volkszählungsgesetzes 1987“ handelt?
79. Abgeordneter
Ebermann
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Erwägungen haben die Bundesregierung sowie die Statistischen Landesämter die Initiative des hamburgischen Datenschutzbefragten sowie einiger seiner Länderkollegen zurückgewiesen, für einen großen Teil der Volkszählungsfragen auf eine Auskunftspflicht zu verzichten, auch um die Fehlerquote durch unerkannt „schummelnde“ Auskunftspflichtige zu verringern?
80. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis einer 1983 vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegebenen Studie der „Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung“ (veröffentlicht in der April-Ausgabe der Zeitschrift „Allgemeines statistisches Archiv“), wonach mit dem aus dem Fragebogen ersichtlichen Zusatzwissen der Erhebungsstellen eine tatsächliche Anonymität der Datensätze nicht mehr gewährleistet ist und in naher Zukunft auch keine entscheidenden Verbesserungen an der grundsätzlich fehlenden Anonymität jeglicher statistischen Daten zu erreichen sei?
81. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die praktische Ausführung der genannten theoretischen Aussagen durch den Hamburger Informatiker Professor Brunnstein, welcher aus einer Musterpopulation von 100 000 Einwohnern mit Hilfe eines PC bereits mit drei bis fünf Antworten aus dem Volkszählungsbogen einzelne Bürger reidentifizieren konnte?
82. Abgeordneter
Häfner
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die baden-württembergische Landesbeauftragte für Datenschutz sich kürzlich zum zweiten Mal während ihrer Amtszeit überhaupt genötigt sah, den Landtag anzurufen, um auf „eine ganze Reihe“ von Vollzugsmängeln bei der Volkszählung aufmerksam zu machen?
83. Abgeordneter
Häfner
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der bayerische Datenschutzbeauftragte am 8. Mai 1987 kritisierte, er könne die Kontrolle über einen einwandfreien Verlauf der Volkszählung nicht mehr wahrnehmen, da u. a. das Justizministerium ihm seit Monaten die dafür erforderlichen Auskünfte verweigere?

84. Abgeordnete
**Frau
Dr. Wilms-Kegel**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Stadt Mönchengladbach mit Schreiben vom 9. März 1987 an den Ausländerbeirat der Stadt für die Zählertätigkeit von ausländischen Mitbürgern wirbt?
85. Abgeordnete
**Frau
Dr. Wilms-Kegel**
(DIE GRÜNEN)
- In welchen Städten werden, sollte dies zutreffen, ausländische Mitbürger als Zähler eingesetzt, und wie beurteilt dies die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Vorschrift des Volkszählungsgesetzes, daß nur Deutsche für das Amt des Zählers verpflichtet werden können?
86. Abgeordnete
**Frau
Schilling**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung ihre Möglichkeit, die Bürger/innen von der von ihr gewollten Auskunftspflicht bei der Volkszählung überzeugen zu können vor dem Hintergrund der Aussage des dort auskunftspflichtigen Bundeskanzlers Dr. Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß „Entschuldigen Sie, was ich beantworte, überlassen Sie bitte mir“?
87. Abgeordnete
**Frau
Schilling**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage Bundesinnenministers Dr. Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht 1983, wonach seit 1871 noch niemals statistische Angaben zweckentfremdet und mißbraucht worden seien, angesichts der Tatsache, daß die Daten der Volkszählung 1950 trotz entsprechenden Zusicherungen des damaligen Bundespräsidenten Heuss kurz nach der Zählung für Zwecke der Gewerbesteuer zweckentfremdet wurden?
88. Abgeordneter
**Kleinert
(Marburg)**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer Studie, die im Frühjahr 1986 vom Statistischen Bundesamt in Auftrag gegeben wurde, nach der 64 von 100 Bürgern und Bürgerinnen, die sich nicht an der Volkszählung beteiligen wollen, Anhänger der Parteien CDU/CSU, SPD und FDP sind?
89. Abgeordneter
**Kleinert
(Marburg)**
(DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerungen von Bundeskanzler Dr. Kohl und Bundesinnenminister Dr. Zimmermann, die Boykotteure in die Nähe von Faschisten bzw. Terroristen gebracht haben?
90. Abgeordnete
**Frau
Schoppe**
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der durch Richtlinienentwurf der Kommission der Europäischen Gemeinschaft beabsichtigten EG-weiten Volkszählung für 1991 für erstrebenswert?
91. Abgeordnete
**Frau
Schoppe**
(DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung an dem Entwurf der Richtlinien mitgewirkt und Vorschläge zur Formulierung von Fragen eingebracht?

92. Abgeordnete
**Frau
Unruh**
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die Zuverlässigkeit von Zähler/innen für garantiert, wenn von 108 Zähler/innen in der Stadt Pulheim ca. 50 unter 18 Jahre alt sind?
93. Abgeordnete
**Frau
Unruh**
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung weitere Fälle bekannt, in denen in der Erhebungsstelle – wie in der Gemeinde Hückelhoven/NRW – „Abiturienten bzw. Studenten eingesetzt“ werden und die Mehrzahl der Zähler Schüler und Studenten sind?
94. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, daß eine Volkszählung auf Stichproben-Basis keine ausreichenden Ergebnisse erbringen werde, angesichts der Tatsache, daß sie sich zum Zwecke der Schätzung und Veröffentlichung vermuteter Boykotteur-Zahlen selbst auf eine Emnid-Umfrage auf Basis von nur 901 Telefoninterviews verläßt?
95. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung genau ihre Auffassung, wonach eine Volkszählung auf Stichproben-Basis zu ungenaue Ergebnisse erbringen werde, angesichts der Tatsache, daß z. B. das Meinungsforschungsinstitut Allensbach die Ergebnisse der hessischen Landtagswahl bei Stichproben von nur etwa 2000 Befragten mit einer Gesamtabweichung von nur 0,7 v. H. voraussagte, einem für staatliche Totalerhebungen traumhaften Ergebnis?
96. Abgeordnete
**Frau
Rust**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Rechtsgrundlage erlaubt es nach Ansicht der Bundesregierung, daß in Berlin Bedienstete der alliierten Streitkräfte einen Teil der Fragen des Personenbogens zur Volkszählung nicht beantworten müssen?
97. Abgeordnete
**Frau
Rust**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine solche Ausnahmeregelung unter dem Aspekt der Gleichbehandlung und der Androhung gegen Bundesbürger, die im Falle der unvollständigen Beantwortung mit Bußgeldern bedroht werden?
98. Abgeordnete
**Frau
Oesterle-Schwerin**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für eine rechtmäßige Durchführung der Volkszählung im Hinblick auf § 10 Abs. 2 Volkszählungsgesetz angesichts der Tatsache, daß z. B. der Hamburger Schulsenat alle Schulen angeschrieben hat mit dem Ziel, Schüler ab 17 Jahren zur Meldung als Zähler aufzufordern?
99. Abgeordnete
**Frau
Oesterle-Schwerin**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten auf eine rechtmäßige Durchführung der Volkszählung im Hinblick auf § 10 Abs. 5 Nr. 1 Volkszählungsgesetz z. B. in Hamburg, Düsseldorf und vielen anderen Städten, wo Zähler für Zählbezirke in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung nicht nur eingeteilt, sondern bereits auf den Werbebögen gelockt wurden?

100. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Ausgabensperre für den Bundeshaushaltstitel 532 21 - 014 im Einzelplan 06 Kapitel 06 08 – Statistisches Bundesamt –, dessen Zweckbindung die „Untersuchungen über alternative Erhebungsmethoden mit dem Ziel der Vereinfachung und der Freiwilligkeit künftiger Volkszählungen“ vorsieht, und der Behauptung der Werbekampagne für die Volkszählung 1987, es gäbe keine Alternativen zur Totalerhebung?
101. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, mit der Entwicklung alternativer Methoden erst nach der Volkszählung zu beginnen, obwohl das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber auferlegt hat, vor einer Volkszählung solche Möglichkeiten zu prüfen?
102. Abgeordnete
**Frau
Saibold**
(DIE GRÜNEN)
- Ist nach Meinung der Bundesregierung in der Gemeinde Marktrechwitz der „Zählungsleiter“ Bediensteter des Ordnungsamtes – Sachgebiet Sozial- und Versicherungswesen – oder der „Leiter der örtlichen Erhebungsstelle“ – für die Durchführung der Volkszählung verantwortlich?
103. Abgeordnete
**Frau
Saibold**
(DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage beziehen sich die Definitionen und Aufgaben des „Zählungsleiters“ bzw. des „Leiters der Erhebungsstelle“, wie sie in einem Schreiben der Erhebungsstelle vom 15. April 1987 an ein Kreisvorstandsmitglied der GRÜNEN Marktrechwitz verwendet wurden, und wo sind sie definiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

104. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung als Anteilseigner der Saarbergwerke AG Pläne des Vorstandes des Unternehmens, die Grube Camphausen stillzulegen, obwohl der Kohlebereich der Saarbergwerke AG insgesamt keine Verluste ausweist?
105. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie viele Stellen können im Bundesministerium der Finanzen durch den Verkauf von Industriebeteiligungen des Bundes künftig wegfallen?
106. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wann wird der Stellenplan entsprechend korrigiert werden?
107. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Programm zur Eindämmung der Normenflut im Steuerrecht ziehen, das die Kommission „Normenflut“ im Dezember 1986 erstellt hat?

108. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Trifft es zu, wie im Bericht des „Handelsblatt“ vom 30. April 1987 über die Steuerrückerstattung aus dem Flick-Geschäft dargelegt, daß der zu erwartende Steuerausfall beim Bund in Höhe von 500 Millionen DM Körperschaftsteuer in einer entsprechenden Ermäßigung des Steueransatzes im Bundeshaushalt 1987 als eine Art durchlaufender Posten berücksichtigt worden ist und daß darüber hinaus für den jetzt feststehenden Fehlbetrag von 446 Millionen DM zusätzliche Vorsorge getroffen worden ist?
109. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Trifft es zu, daß das vom Bundesminister der Finanzen vor der Presse am 14. Mai 1987 genannte Gesamtdefizit der Gebietskörperschaften des Jahres 1990 – bis zu 3 v. H. des Bruttosozialprodukts (2 314 Milliarden DM) – in absoluten Beträgen einem Gesamtdefizit von bis zu 70 Milliarden DM entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

110. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Aus welchen Gründen hatte die Bundesregierung bei der Steuerschätzung für das Jahr 1987 den Steuerschätzern im Mai 1986 ein Bruttosozialprodukt von 2 039 Milliarden DM für 1987 vorgegeben, das dann für die Steuerschätzer im November 1986 auf 2 066 Milliarden DM erhöht wurde?
111. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für unbedenklich, wenn beispielsweise eine deutsche Großbank nicht nur an einer Vielzahl von Industrieunternehmen 25 v. H. und mehr Aktienanteile besitzt, die Vorstände des Geldinstitutes allein rund 140 Aufsichts- und Beiratsmandate halten, darüber hinaus alle Repräsentanten der Bank etwa 400 Kontrollfunktionen in der Wirtschaft besetzen, und durch diese Koppelung versucht, die Wirtschaft an sich zu binden?
112. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, einer derartigen Machtkonzentration tatenlos zuzusehen, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
113. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Zahlen des Gutachtens des Essener Unternehmens Deutsche Projekt Union (DPU) bestätigen, daß „die deutsche Steinkohle die öffentliche Hand zwischen 1978 und 1987 mindestens 362 Milliarden DM gekostet habe, darunter 94,4 Milliarden DM Zuschüsse und steuerliche Hilfen, 148 Milliarden DM Zuschüsse zur knappschaftlichen Versicherung, 2,2 Milliarden DM nicht entschädigte Bergschäden, 18,7 Milliarden DM erhöhte Stromkosten durch Importkohleverzicht und 82,6 Milliarden DM Kosten durch Luftverschmutzung...“?

114. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den geplanten Verkauf von 300 Kanonen des Kalibers 20 Millimeter der Firma Rheinmetall an den Iran?
115. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie wird die Bundesregierung nach dem jüngsten Koalitionsgespräch zur Sanierung der Maxhütte die im Koalitionsvertrag festgelegte Zusage einlösen, daß sie alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun wird, um unter anderem die Maxhütte entsprechend zu berücksichtigen?
116. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Hat die Bundesregierung den Export von Ersatzteilen und Verschleißteilen für die Produktion von Kriegswaffen und Munition sowohl in den Irak wie in den Iran genehmigt, und wie sieht sie gegebenenfalls den Zusammenhang solcher Genehmigungen mit der von ihr immer wieder betonten strikten Neutralität im iranisch-irakischen Konflikt?
117. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, über ihre bestehenden Möglichkeiten hinaus, durch Gesetzesänderungen oder Einflußnahme auf Vertragsabschlüsse beim Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern darauf hinzuwirken, daß von den Empfängerstaaten nach Ausbruch militärischer Feindseligkeiten die Belieferung mit Ersatz- und Verschleißteilen weder verlangt noch erwartet werden kann?
118. Abgeordneter
Dr. Vondran
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung auch nach den Presseberichten der letzten Wochen über die Ertragslage der Stahlunternehmen in den benachbarten EG-Ländern daran fest, daß der Subventionskodex und das im Montanvertrag enthaltene Subventionsverbot von allen EG-Partnern weiterhin respektiert werden?
119. Abgeordneter
Dr. Vondran
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Berichterstattung, daß die französischen Stahlunternehmen Usinor/Sacilor im Jahr 1986, als die Mehrzahl der deutschen Stahlunternehmen in der Gewinnzone war, Verluste in Höhe von 4 Milliarden DM ausgewiesen haben (dem würde erzeugungsproportional für die deutsche Stahlindustrie ein Betrag von rund 8 Milliarden DM entsprechen), bis zum Jahr 1990 unterhalb der Gewinnschwelle bleiben und damit auf die Deckung der Verluste durch den Staat angewiesen sein werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

120. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft mit Mehrheit, eventuell nur gegen Kommissar Andriessen, beschlossen hat, die Klage

- vor dem Europäischen Gerichtshof wegen des Reinheitsgebotes bei Milch und Wurst wieder aufleben zu lassen?
121. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Verluste an Produktion von Milch, Schweinefleisch und Rindfleisch ein, falls die oben bezeichnete Klage Erfolg haben sollte?
122. Abgeordneter
Kreuzeder
(DIE GRÜNEN)
- Wie begründet und rechtfertigt die Bundesregierung, daß bei der Kürzung von Milchreferenzmengen und den damit verbundenen Ausgleichszahlungen von der zugeteilten Referenzmenge ausgegangen wird anstelle von der tatsächlich gelieferten Milchmenge, wobei sich eine unverständliche und ungerechtfertigte Bevorzugung von „Härtefällen“ ergibt, die ihre Quote nicht erfüllt haben?
123. Abgeordneter
Kreuzeder
(DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sprechen dagegen, daß ein milcherzeugender Betrieb einen Teil seiner Anlieferungsreferenzmenge in eine Direktverkaufsreferenzmenge umwandelt, wenn er bisher noch keine Direktverkaufsreferenzmenge hatte, und weshalb ist es nicht erlaubt, eine solche Quotenumwidmung vorzunehmen, obwohl sie keinen Einfluß auf die Gesamtreferenzmenge hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

124. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sogenannten „Lohnnebenkosten“, die im Durchschnitt auf gut 80 v. H. des Lohnes angestiegen und in Einzelfällen schon über 100 v. H. des Lohnes liegen, eigentlich zu einem zweiten, unsichtbaren Lohn geworden sind und daher besser Lohnzusatzkosten genannt werden müßten?
125. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in der amtlichen Statistik speziell des Statistischen Bundesamtes die Bezeichnung entsprechend zu verändern bzw. zu aktualisieren?
126. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen neue sinnvolle Aufgabenfelder erschlossen wurden, und sind die Gemeinden in der Lage, neue Aufgaben dauerhaft zu erfüllen?
127. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang Beschäftigte im Anschluß an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse gefunden haben, oder sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den meisten Fällen kurzfristige Überbrückungsmaßnahmen, an die sich erneute Arbeitslosigkeit anschließt?

128. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen der Bundesanstalt für Arbeit, wonach Berufsförderungslehrgänge zur Erlangung der Berufsreife zukünftig aus demographischen Gründen vorrangig nicht mehr intern (wie z. B. in Einrichtungen des Christlichen Jugenddorfes e. V.), sondern extern durchgeführt werden sollen, und hält die Bundesregierung bei einer solchen Umstellung noch die Chancen der Jugendlichen, in das Arbeitsleben eingegliedert zu werden, für ausreichend gewährleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

129. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche Ursachen hat nach dem jetzigen Kenntnisstand der Absturz eines englischen Tornados in Hünxe-Bucholtswelmen am 30. März 1987 gegen 9.00 Uhr, und wie hoch ist der geschätzte Schaden insgesamt in der Zivilbevölkerung?
130. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß in Zukunft die Anlagen der BP-Ruhr Raffinerie sowie ein in der Nähe liegendes Schulzentrum nicht mehr von der Luftwaffe der Bundeswehr, aber auch von Militärmaschinen ausländischer NATO-Partner überflogen werden, nachdem in fünf Jahren drei Abstürze in unmittelbarer Nähe vorgekommen sind?
131. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Attraktivität des Berufssoldatentums im Unteroffiziersbereich durch eine Einschränkung der bisherigen Versetzungspraxis zu steigern, um der Abwanderung qualifizierter Kräfte in die freie Wirtschaft entgegenzuwirken?
132. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Welche Planungen hat die Bundesregierung für die Öffnung der Bundeswehr für Frauen bisher vornehmen lassen, und welche Erwägungen liegen diesen Planungen für den freiwilligen Einsatz von Frauen in den Streitkräften der Bundeswehr zugrunde?
133. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß der geplante Einsatz von Wehrpflichtigen bei der bevorstehenden Volkszählung tatsächlich ausschließlich auf freiwilliger Basis geschieht, und von welchen Umfangszahlen geht die Bundesregierung nach derzeitigem Kenntnisstand dabei aus?
134. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)
- Trifft der in der „Siegener Zeitung“ vom 13. März 1987 behauptete Sachverhalt zu, wonach der Leiter der Kommandantur des Lagers Stegskopf anlässlich der Übergabe einer Unterschriftenliste gegen den Bau der geplanten Platzrandstraße durch den Bürgermeister der

Ortsgemeinde Derschen sich besonders für die Namen der Bundeswehrzivilangestellten interessierte, die sich an der Unterschriftenaktion beteiligt hatten, und deren Verhalten mit der Bemerkung quittierte: „Die werden entlassen.“?

135. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)

Trifft es ferner zu, daß der Leiter der Kommandantur des Lagers Stegskopf, Zivilangestellte, die den Aufruf unterschrieben hatten, zu sich bestellte und ihnen nach Vorwürfen wegen ihres Tuns negative Folgen ankündigte und die Unterschrift unter ein Protokoll verlangte, worin die betreffenden Angestellten erklären sollten, sich zukünftig nicht mehr an Aktionen der Ortsgemeinde gegen die Pläne der Bundeswehr zu beteiligen?

136. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)

Trifft es zu, daß die Firma Rheinmetall den geplanten Verkauf von 300 Kanonen des Kalibers 20 Millimeter im Bundesministerium der Verteidigung erörtert hat, und falls dies zutrifft, mit welchem Ergebnis?

Bonn, den 15. Mai 1987

